

**Resolution
der CSU-Landtagsfraktion
vom 21. Februar 2024**



„5-Punkte-Plan für den Aufschwung“

1 Deutschland ist unter den wichtigsten Industriestaaten Schlusslicht beim Wachstum
2 der Wirtschaftsleistung. Aus einer konjunkturellen Delle ist längst ein struktureller Ab-
3 stieg geworden. Bayern stemmt sich massiv gegen den Abwärtsog. Die Wirtschafts-
4 politik verlangt unsere volle Aufmerksamkeit. Wir als CSU-Fraktion im Bayrischen
5 Landtag sind überzeugt: Unser Land kann mehr.

6 **Unser 5-Punkte-Plan für den Aufschwung:**

7 **1. Standortpolitik in den Fokus rücken**

8 Wir investieren 5,5 Milliarden Euro in unsere Hightech-Agenda, um Bayern zum Ge-
9 winner der Transformation zu machen. Wir haben mit dem umfassenden Ausbau der
10 Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Transfer- und Gründer-
11 zentren sowie den Clusterplattformen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten
12 beste Voraussetzungen geschaffen.

13 Aber die Zeit bleibt nicht stehen. Wir müssen unsere Strukturen fortlaufend prüfen und
14 auf neue Herausforderungen ausrichten. Nur dann werden wir die Innovationen und
15 Technologien in ganz Bayern in der Breite in unseren Mittelstand und in unser Hand-
16 werk bringen. Wir brauchen diesen Transfer für Bayerns Zukunft! In Bayerns Mittel-
17 stand gibt es viele sogenannte „Hidden Champions“. Es ist und bleibt unser zentraler
18 Grundsatz, dass für jede Branche und Region gezielte Technologie-, Investitions- und
19 Anwendungsförderungen offenstehen und offenstehen müssen, z. B. zur Nutzung von
20 Künstlicher Intelligenz und über die regionale Wirtschaftsförderung; bayernweit sind
21 strategische Ansiedlungen und eine leistungsfähige Digitalinfrastruktur von höchster
22 Priorität. Gleichzeitig müssen wir die Innovationspotenziale unserer Start-Ups besser
23 ausschöpfen und Pionierleistungen fördern und nicht erschweren.

24 Wir wollen und werden die Chancen und Möglichkeiten unserer breitgefächerten bay-
25 erischen Wirtschaft heben. Dazu gehört beispielsweise, die Gesundheitswirtschaft als
26 Leitökonomie weiter zu stärken. Auch der Tourismus hat in Bayern ein enormes Po-
27 tenzial und ist eine tragende Säule unserer Wirtschaft mit Wertschöpfung und Beschäf-
28 tigung im ganzen Land. Wir werden den Tourismus weiter intensiv fördern, beispiels-
29 weise bei der Digitalisierung oder auch mit einer neuen Initiative für die Kongresswirt-
30 schaft.

31 Übergeordnet notwendig ist eine umfassende Außenwirtschaftsstrategie, die gerade
32 unseren exportstarken Mittelstand im Maschinen- und Anlagenbau aber auch in ande-
33 ren Branchen in der komplexen internationalen Gemengelage beim Bezug von Vor-
34 leistungsgütern, bei der Erschließung neuer Absatzmärkte und bei der Rohstoffgewin-
35 nung wirkungsvoll unterstützt. Zu diesem Zweck muss Bayern auch Rohstoffpartner-
36 schaften abschließen. Und wir müssen Antworten finden auf die Standortpolitik von
37 Ländern wie beispielsweise den USA, die mit gezielten staatlichen Subventionen In-

38 vestitionen von Deutschland weglenken. Bayern muss auf dem Weltmarkt wieder stärker
 39 präsident sein! Dazu müssen wir das bayerische Außenwirtschaftsprogramm, das
 40 schon jetzt z. B. mit Auslandsbüros, Wirtschaftsdelegationen und Messen wichtige In-
 41 strumente umfasst, wieder stärker mit Leben erfüllen und auf neue Herausforderungen
 42 und Märkte ausrichten. Dazu gehört auch die Einrichtung weiterer bayerischer Aus-
 43 landsrepräsentanzen im ASEAN-Raum und in Afrika.

44 Zur Außenwirtschaft gehören genauso die Anstrengungen, den Freistaat Bayern inter-
 45 national als attraktiven Wirtschaftsstandort zu positionieren und so Investitionen anzu-
 46 werben. Das bringt Arbeitsplätze und Wohlstand nach Bayern. Mit Invest in Bavaria
 47 haben wir seit Jahrzehnten hier viel erreicht.

48 Gleichzeitig müssen wir auch die Warnsignale unserer vielen kleinen inhabergeführten
 49 Betriebe im Mittelstand und im Handwerk sehr ernst nehmen und dort ein leises Ster-
 50 ben verhindern. Wenn in ländlichen Kommunen beispielsweise der letzte Bäcker oder
 51 Metzger schließen muss, gibt es noch weniger Orte des Austauschs und der Zuwan-
 52 derungsdruck in die Städte wird noch stärker. Insgesamt brauchen wir einen engen
 53 Austausch mit den Akteuren vor Ort, um schnell und vorausschauend auf die rasanten
 54 Entwicklungen der Transformation reagieren zu können.

55 Vom Bund fordern wir, endlich gegenzusteuern und eine zukunftsgerichtete und am
 56 internationalen Wettbewerb ausgerichtete Standortpolitik aufzulegen:

- 57 • Das von der Ampel-Regierung vorgelegte Wachstumschancengesetz greift viel zu
 58 kurz. Wir brauchen sehr viel weitreichendere Entlastungen für unsere Unterneh-
 59 men und insbesondere den Mittelstand. Die Senkung der Unternehmenssteuerbe-
 60 lastung für im Unternehmen verbleibende Gewinne auf ein Niveau von 25 Prozent,
 61 um insbesondere die Investitionsbereitschaft im Mittelstand wieder anzukurbeln,
 62 die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, verbesserte Abschrei-
 63 bungsbedingungen und Verlustverrechnungsmöglichkeiten sind überfällige Maß-
 64 nahmen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und die Wie-
 65 derbelebung der Investitionstätigkeit. Auch im Interesse unserer familiengeführten
 66 Unternehmen müssen wesentliche Aspekte der Erbschaftsteuer Ländersache wer-
 67 den. Es braucht eine Erhöhung der Freibeträge sowie niedrigere Steuersätze und
 68 damit die Regionalisierung dieser Steuer. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz für
 69 Speisen in der Gastronomie muss schnellstmöglich wiedereingeführt werden.
- 70 • Zur Finanzierung ist eine Priorisierung der Ausgaben unerlässlich, nicht zuletzt mit
 71 Blick auf Bürgergeld, Heizungsgesetz, Kindergrundsicherung und milliarden-
 72 schwere Einzelsubventionen. Der fortlaufende Anstieg der Sozialausgaben muss
 73 gebremst und die Lohnnebenkosten müssen wieder auf unter 40 Prozent gesenkt
 74 und dauerhaft dort gehalten werden. Dazu sind beitragsdämpfende Maßnahmen in
 75 den Sozialversicherungen notwendig. Neben mehr Effizienz in den Verwaltungen,
 76 müssen vor allem versicherungsfremde Leistungen konsequent steuerfinanziert
 77 werden.
- 78 • Deutschland braucht Investitionen. Konsumtive Ausgaben und Ausgaben für stetig
 79 wachsendes Personal im öffentlichen Bereich müssen dafür reduziert werden. Eine
 80 moderne Infrastruktur von der Schiene über das Stromnetz bis zum schnellen In-
 81 ternet ist die Basis einer erfolgreichen Wirtschaft.
- 82 • Die Ampel muss aufhören, unsere Leitindustrien wie die Automobilindustrie zu be-
 83 kämpfen. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Die von der
 84 Ampel initiierte Regulierung der Chemieindustrie muss gestoppt werden. Der Irr-
 85 weg des Staatsdirigismus - wie im Heizungsgesetz - muss beendet werden.

86 Wir brauchen Technologieoffenheit und die Unterstützung für die innovativen und
 87 nachhaltigen Produkte unserer Betriebe. Angesichts der vielfältigen großen Her-
 88 ausforderungen müssen wir Innovations- und Investitionskräfte entfesseln, statt sie
 89 zu fesseln.

90 **2. Arbeitskräfte – Agenda für die Fleißigen aufsetzen**

91 Fachkräfte und deren Leistungsfähigkeit, Motivation und Kreativität sind der Garant für
 92 unseren Wohlstand und müssen deshalb unsere volle Unterstützung erhalten. Wir in-
 93 vestieren wie kein anderes Bundesland in Bildung, Betreuung und gleichwertige Le-
 94 bensbedingungen in den Städten und auf dem Land. Zur Unterstützung der Fachkräf-
 95 tegewinnung im Handwerk bauen wir die Berufsbildungszentren in den kommenden
 96 Jahren massiv aus, fördern die Meisterausbildung wie kein anderes Bundesland und
 97 setzen den Tag des Handwerks an den Schulen fort. Wir brauchen gleichzeitig aber
 98 auch eine gezielte Zuwanderung. Unser Spitzenplatz bei der Erwerbstätigenquote von
 99 Menschen mit Migrationshintergrund spricht hier für sich.

100 Vom Bund fordern wir, seine Politik der Leistungsfeindlichkeit zu beenden:

- 101 • Beim Bürgergeld muss das Prinzip „Fordern und Fördern“ wieder Leitprinzip wer-
 102 den. Im Moment subventionieren wir mit dem Bürgergeld die Arbeitslosigkeit. Das
 103 darf so nicht bleiben. Wir brauchen eine Wiedereinführung des Vermittlungsvor-
 104 rangs, die dauerhafte Sanktionsmöglichkeit bei Verweigerung der Arbeitsaufnahme
 105 sowie die Wiedereinführung der Vermögensprüfung. Wir fordern vom Bund endlich
 106 eine bessere Ausstattung der Jobcenter mit ausreichenden Eingliederungs- und
 107 Verwaltungsbudgets, um diese nachhaltig in die Lage zu versetzen, die Betreu-
 108 ungsintensität zu erhöhen und die Leistungsberechtigten tatsächlich stärker zu för-
 109 dern und zu fordern.
- 110 • Mehrarbeit muss sich lohnen. Dafür brauchen wir attraktivere Hinzuverdienstmög-
 111 lichkeiten in der Rente und Anpassungen im Steuer- und Transfersystem für mehr
 112 Erwerbsanreize (z. B. Begünstigung von Mehrarbeit) und insgesamt höhere Ar-
 113 beitsvolumen. Die Pendlerpauschale muss erhöht und dynamisiert werden.
- 114 • Die tägliche Höchst Arbeitszeit muss im Sinne der EU-Arbeitszeitrichtlinie durch
 115 eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit ersetzt werden.

116 **3. Energiewende – Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit wiederherstellen**

117 Wir in Bayern sind Spitzenreiter beim Zubau der Erneuerbaren Energien, führend beim
 118 Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität, wir investieren in den Ausbau der
 119 Wasserstoffwirtschaft und sind Pionier bei der Kernfusion.

120 Wir müssen aber auch den regionalen und überregionalen Stromleitungsbau voran-
 121 treiben sowie in allen Bereichen die Grundversorgung unseres Landes zur zentralen
 122 Aufgabe machen. Wichtig sind uns eine deutliche Beschleunigung der Planungs- und
 123 Genehmigungsverfahren, ein Fahrplan 2040 mit entsprechenden Steuerungsinstru-
 124 menten, zielgenaue Unterstützungs-, Beratungs- und Informationsangebote sowie ins-
 125 gesamt wesentlich investitionsfreundlichere Rahmenbedingungen. Zusätzlich fordern
 126 wir für Bayern ein stringentes Monitoring des Energieumbaus sowie einen halbjährl-
 127 ichen Bericht über die Entwicklung, Prognose und die dafür notwendigen weiteren
 128 Maßnahmen.

129 Die ebenso irrlichternde wie ideologiegetriebene Energiepolitik der Bundesregierung
 130 hat bisher dazu geführt, dass der in Deutschland produzierte Strom inzwischen der -
 131 nach Polen - dreckigste und klimaschädlichste Strom Europas ist.

132 Vom Bund fordern wir eine Politik für bezahlbare und klimafreundliche Energieversor-
133 gung:

- 134 • Wir brauchen ein sofort wirksames Maßnahmenpaket, das die Stromsteuer für alle
135 auf das EU-rechtliche Minimum senkt, die versprochenen Bundeszuschüsse zu
136 den Übertragungsnetzentgelten umsetzt und die energieintensiven Branchen
137 nachhaltig entlastet. Energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wett-
138 bewerb stehen, brauchen dringend einen effizienten Brückenstrompreis.
- 139 • Wir brauchen eine belastbare Kraftwerkstrategie. Bloße Ankündigungen schaffen
140 noch keinen Investitionsrahmen. Die Bundesländer müssen bei der Planung der
141 Standorte frühzeitig einbezogen und die Energiebedarfe belastbar ermittelt wer-
142 den.
- 143 • Die Ampel muss endlich alle erneuerbaren Energien gleichermaßen in den Blick
144 nehmen und die Benachteiligung von Geothermie, Wasserkraft und Bioenergie be-
145 enden.

146 **4. Bürokratieabbau und Belastungsstopp – endlich Ernst machen**

147 Wir haben uns im Koalitionsvertrag wichtige Ziele gesetzt, die wir als Fraktion nach-
148 drücklich unterstützen und vorantreiben werden. Die Verwaltungsabläufe und Geneh-
149 migungsverfahren müssen auch bei uns in Bayern deutlich schneller werden. Wir müs-
150 sen hier insbesondere die Möglichkeiten der Standardisierung, Automatisierung und
151 Digitalisierung aber auch die Chancen der Künstlichen Intelligenz nutzen und schnell
152 umsetzen. Diese Beschleunigung und Vereinfachung muss Kernaufgabe jedes Res-
153 sorts sein und von oben vorangetrieben werden. Was nicht geregelt werden muss, darf
154 auch nicht geregelt werden. Mit einem Entrümpelungsgesetz werden wir in Bayern
155 viele Rechtsbereiche vereinfachen und Bürokratie zurückdrängen. Gleichzeitig müs-
156 sen wir in Brüssel noch stärker präsent sein, um auch im Schulterschluss mit anderen
157 wirtschaftsstarken Regionen auf EU-Ebene die Interessen Bayerns zu vertreten und
158 eigene Vorschläge einzubringen.

159 Vom Bund fordern wir:

- 160 • Nach dem Vorbild Bayerns muss die Ampel mit einem echten Entrümpelungsgesetz
161 unnötige Gesetze, Vorgaben, Statistik- und Dokumentationspflichten abschaf-
162 fen. Das Bürokratieentlastungsgesetz IV greift hier viel zu kurz. Der Pakt für Pla-
163 nungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung muss schnell und voll-
164 ständig umgesetzt werden. Insbesondere die aktuelle Novelle des Bundesimmissi-
165 onsschutzgesetzes muss genutzt werden, um schnell wichtige erste Schritte ein-
166 zuleiten.
- 167 • Die Haftungssystematik in Deutschland muss im Sinne schnellerer Entscheidun-
168 gen und einer Stärkung der Eigenverantwortung überarbeitet werden.
- 169 • Neben dem Fachkräftemangel ist die Unternehmensnachfolge eine zentrale wirt-
170 schaftspolitische Herausforderung. Die Übergabe von mittelständischen Unterneh-
171 men muss erleichtert werden. Insbesondere steuerliche Belastungen und regula-
172 torische Vorgaben rund um die Finanzierung der Unternehmensnachfolge ersch-
173 schweren häufig eine Übergabe. Das wollen wir praxisgerecht so gestalten, dass
174 eine Übergabe an die nächste Generation auch außerhalb der eigenen Familie ein-
175 facher wird. Wir werden deshalb einen Praxischeck durchführen, der auch die be-
176 stehenden Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich der Unternehmensgründungen
177 in den Blick nimmt, um hier ein abgestimmtes Gesamtsystem sicherzustellen.

- 178 • Geplante Ampel-Maßnahmen wie ein Tariftreuegesetz, ein Beschäftigtendaten-
179 schutzgesetz und ein Anspruch der Beschäftigten auf Homeoffice müssen gestoppt
180 werden.
- 181 • Auf EU-Ebene muss die Ampel einen sofortigen Stopp der Zusatzbürokratie durch-
182 setzen. Neue Belastungen wie durch die Taxonomie-Verordnung, die Nachhaltig-
183 keitsberichterstattung und die EU-Wertschöpfungskettenrichtlinie sind völlig aus
184 der Zeit gefallen. Bestehende Regelungen, die mit hohem bürokratischem Aufwand
185 für Unternehmen einhergehen, müssen auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert, und
186 dann konsequent überarbeitet bzw. abgebaut werden (z. B. bei der Arbeitnehmer-
187 entsendung).

188 **5. Wohnbau ankurbeln – Wohnen ist eine soziale Frage, aber auch ein Stand-**
189 **ortfaktor**

190 Die Bundesregierung muss endlich den Wohnbau ankurbeln. In Deutschland werden
191 tausende Wohnungen gebraucht, die Wohnbautätigkeit geht jedoch zurück. Hier
192 braucht es nun endlich Planungssicherheit und Verlässlichkeit statt ständig neuer Vor-
193 gaben und plötzlicher Förderstopps.

194 Um den Wohnungsbau wieder in Schwung zu bringen werden berechenbare, bedarfs-
195 orientierte Förderungen, modernere, einfachere Bauvorschriften, Anreize bei der
196 Grunderwerbssteuer und bessere Abschreibungsmöglichkeiten benötigt. In Bayern
197 wollen wir gemeinsam mit den Kommunen die Erteilung von Baugenehmigungen be-
198 schleunigen.

199 Politik für die Wirtschaft und für Arbeitsplätze ist die Grundlage wirtschaftlicher Pros-
200 perität und damit auch die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen
201 Marktwirtschaft. Ein soziales Staatswesen ist ohne wirtschaftliche Stärke nicht dauer-
202 haft zu gewährleisten.

203 Wirtschaftlich gute Perspektiven sind auch wichtig, um Extremismus und Fremden-
204 feindlichkeit zu bekämpfen und für Fachkräfte und Investoren aus dem Ausland attrak-
205 tiv zu bleiben. Sie sind auch zentral im Kampf gegen die AfD, die die Demokratie und
206 ihre Organe gezielt schwächen, schädigen und delegitimieren will. Ihre Bestrebungen
207 sind ein Angriff auf die Grundordnung des Staates, auf unser Gemeinwesen und den
208 gesellschaftlichen Frieden. Die AfD spaltet unser Land. Ihre Hetze und Fremdenfeind-
209 lichkeit sind zutiefst abstoßend. Für die international vernetzt und arbeitsteilig ausge-
210 richtete bayerische Wirtschaft erweist sich das als besonders nachteilig. Die Unterneh-
211 men in Bayern - egal welcher Größenordnung, vom Start-up bis zur Großindustrie -
212 sind auf Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Die Propaganda der
213 AfD gegen die EU und den Euro, ihre Putin-freundliche Haltung, ihre Verschwörungstheorien
214 und die Leugnung des Klimawandels sind wirtschaftsfeindlich und legen die
215 Axt an unseren Wohlstand. Das werden wir nicht zulassen. Wir müssen den Spaltern
216 unserer Gesellschaft wie der AfD den Nährboden entziehen, indem wir ihren Lügen
217 und ihrer Hetze mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

218 Die Transformation unserer Wirtschaft durch Dekarbonisierung und Digitalisierung so-
219 wie die geopolitischen Konflikte und Kriege führen bei den Menschen zu Ängsten und
220 Sorgen. Wir müssen die Probleme und Herausforderungen klar benennen, aber wir
221 müssen vor allem Lösungen finden, verhandeln, kommunizieren und durchsetzen. Wir
222 müssen mit unserem Handeln zu einer neuen Aufbruchstimmung beitragen und das
223 Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates und die Leistungsfähigkeit unse-
224 rer Gesellschaft wieder stärken. Konstruktiv und gemeinsam, auf dem Land und in der

225 Stadt. Die AfD will den Abschwung, die Krise und die Depression, das ist ihr Treibstoff.
226 Je schlechter es Deutschland geht, desto besser geht es der AfD. Das muss ein Ende
227 haben!